

# Ende oder Wende?

## Die Luxemburger KP vor der Zerreißprobe

Die Änderungen im Ostblock haben tiefgreifende Auswirkungen auf die westlichen kommunistischen Parteien; nicht nur weil grundlegende Glaubenssätze der kommunistischen Bewegung in Frage gestellt werden, sondern auch weil eine gewisse finanzielle Unterstützung ausfällt. Besonders schwer getroffen ist die bundesdeutsche kommunistische Partei, die nach den Umwälzungen in der DDR vor dem finanziellen Ruin steht und 450 ihrer 500 Hauptamtlichen entlassen muß. Ihre Tageszeitung erscheint nur noch wöchentlich.

Auch die luxemburgische KP erhielt Zuwendungen aus der DDR, die über Druckaufträge für die parteieigene Druckerei COPE liefen. Das Gebäude der Druckerei selber gehört einer DDR-Gesellschaft, die es an die COPE vermietet, wie das "LW" schon vor einigen Jahren aufgedeckt hat. Das Ausbleiben von Aufträgen für DDR-Kochbücher und ähnlich revolutionäre Literatur hat zur Einstellung der Montagsausgabe der "Zeitung" geführt, da diese wegen der erforderlichen Sonntagsarbeit besonders teuer war.

Entscheidender als die finanziellen Aspekte sind jedoch die ideologischen Auseinandersetzungen, die durch das "Neue Denken" im Osten angefacht wurden. Inhaltliche Meinungsverschiedenheiten und Unbehagen mit dem Führungsstil in der Partei, die es seit geraumer Zeit gab, sind aufgebrochen. Die Öffentlichkeit erfuhr dies hauptsächlich durch spektakuläre Parteiaustritte, denn bislang halten sich die Genossen an die ZK-Direktive, die Diskussion nur intern zu führen, nach dem Motto: "die Umbruchperiode im Kommunismus ... darf nicht zu einer weiteren Schwächung der Partei, sondern muß zu ihrer Stärkung führen"<sup>1</sup>. Wir wollen versuchen etwas Transparenz in die parteiinterne Diskussion zu bringen und die Gründe für die strukturelle Krise der KP zu finden.

## Die Mauer fällt

Wenn man die "Zeitung vom Lëtzeburger Vollek" liest, hat man den Eindruck, daß noch alles beim Alten ist. Sogar der Fall der Mauer kann hier niemanden erschüttern. So erscheint drei Tage nach der

**Inhaltliche Meinungsverschiedenheiten und Unbehagen mit dem Führungsstil in der Partei, die es seit geraumer Zeit gab, sind aufgebrochen.**

Maueröffnung ein peinlicher Artikel von Henri Wehenkel, der den Mauerbau nachträglich noch einmal guteißt und in der Öffnung der Mauer ein "Freischwimmen des Sozialismus" sieht. Der Bankrott des DDR-Sozialismus wird in diesem Artikel aus einer schmollenden Besserwisseri heraus zum Sieg uminterpretiert: "Viele haben die ganze Tragweite des Geschehens noch nicht erkannt. Eine Zeit geht zu Ende, die Zeit des Sozialismus in einem Land, des Sozialismus in einem Teil eines Landes, der Stellungskrieg, die ungeheuer mühselige Vorgeschichte des Sozialismus ist überstanden."<sup>2</sup>

Als zwei Wochen zuvor in einer Ortsgruppe ein nachdenklicher Genosse die Frage nach dem Sinn dieses Bauwerkes aufwarf, bekam er als Antwort: "Ein guter Kommunist, weiß weshalb es die Mauer gibt." Und in der Tat wußten sie alle, was man zu glauben hatte, denn eine parteiinterne Diskussion wurde bei "sensiblen" Punkten nie zugelassen, die "Wahrheit" wurde von der Parteileitung definiert und von der Basis nachgebetet. Wirft man einen Blick in den 300-seitigen Berichtband<sup>3</sup> über den letzten, den 25. Parteikongress von 1988, so findet man unter den 38 Wortmeldungen der "Diskussion" nicht einen kontradiktorischen Beitrag. Das Rednermarathon verlief in einer ritualisierten Langeweile, danach wurden die Mitglieder des Zentralkomitees auf Grund einer Empfehlung der ZK-Exekutive bei einer Enthaltung gewählt.

## Der heilige Unanimismus

Die Partei beruft sich bei dieser Vorgehensweise auf das Leninsche Modell des "Demokratischen Zentralismus": bei Lenin stand anfangs die Demokratie im Vordergrund. Die Basisorganisationen diskutieren und geben ihre Entscheidungen nach oben weiter, wo es dann auf demokratische Art und Weise zu einer Entscheidung kommt, an die alle Mitglieder gebunden sind. Doch nicht erst seit Stalin und der Liquidierung der innerparteilichen Opposition liegt die Betonung auf dem "Zentralismus": Diskussion ist nicht gefragt, nach außen muß die zentrale Losung einstimmig vertreten werden. Genossen, die hiermit nicht einverstanden sind, dürfen sich nicht zu Tendenzen zusammenschließen und versuchen, eine andere Meinung durchzusetzen. Dies verlangt viel Selbsteinschränkung und die Aufgabe des kritischen Denkens bei den Mitgliedern.

Und so wird das ca. 30-köpfige Zentralkomitee der KPL alle 3 Jahre vom Parteikongreß fast einstimmig "en bloc" gewählt. Dieses ZK wählt wiederum ein Exekutivkomitee, das die eigentlichen Geschäfte führt, das zum Beispiel auch einen Listenvorschlag für das Zentralkomitee ausarbeitet, der dann auf dem nächsten Parteitag abgeseget wird. Der Kreis des demokratischen Zentralismus schließt sich, die ZK-Exekutive bestätigt sich praktisch selbst von Kongreß zu Kongreß, neue Mitglieder werden nicht gewählt, sondern praktisch kooptiert, nachdem sie sich als sogenannte "Kandidaten des ZK" bewährt haben. Rein theoretisch sehen die Statuten zwar Geheimwahlen vor - es genügt, daß 10 Delegierte diese beantragen - aber das ist nie geschehen, damit würde

der "liebe und viel beklagte Einstimmigkeitsfimmel" in Frage gestellt.

Dieser "Unanimismus", "der lieber Einigkeit nach außen vordemonstrierte, als den realen Widersprüchen des Lebens, auch innerhalb der Kommunistischen Partei, auf die Spur zu gehen, hat auch in unserer Partei lange grassiert", schreibt Serge Urbany in einem Leitartikel<sup>4</sup>. Aber die Parteileitung scheint keine Konsequenzen gezogen zu haben, denn noch immer kommt in der "Zeitung", dem Parteiorgan, keine abweichende Meinung zu Wort.

## Austritte unter Protest

Nachdem das Zentralkomitee zwei Wochenende lang getagt hat, ringt es sich am 10. Dezember zu einer lahmen Selbstkritik durch<sup>5</sup>, die in dem Eingeständnis gipfelt, "beim Aufbau des Sozialismus (seien) schwere Fehleinschätzungen gemacht und Irrtümer begangen" worden. Doch "es muß auf neuen Wegen mutig vorangeschritten werden zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale, denen die Zukunft gehört". Kein Wort der Selbstkritik, an der eigenen nachsichtigen Haltung gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten, dafür aber die Rechtfertigung und Verteidigung mit einem Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1964, das ein Einparteiensystem für Luxemburg ablehnt. In der Erklärung fehlt auch nicht der Hinweis auf die 69-jährige Geschichte der Partei und den selbstlosen und ehrlichen Einsatz ganzer Generationen von Parteimitgliedern, der "heute von politischen Gegnern in den Schmutz gezogen wird".

Diese Erklärung reicht nicht aus, um die internen Kritiker zu beschwichtigen und es kommt zu Austritten, von denen man nur erfährt, wenn die Betroffenen sich in den Leserbriefspalten der Luxemburger Presse äußern. Ein schwerer Schlag für die Partei ist der Austritt eines der wenigen KP-Gemeinderäte, des Schifflinger Jängi Frising.

Sogar einzelne ZK-Mitglieder sind mit der Erklärung des ZK unzufrieden. Nach einer "längeren Diskussion über die notwendige weitere Demokratisierung der Partei"<sup>6</sup> beantragt einer dieser Kritiker die Neuwahl der Exekutive des Zentralkomitees. Die Führung ist schon soweit verunsichert, daß es zu einer geheimen Abstimmung kommt, doch das aus KP-Notabilitäten zusammengesetzte ZK bestätigte praktisch die alte Exekutive. Bei dieser demokratischen Wahl wurde also keiner, der als reformfreudig bekannten Genossen gewählt. Das ZK zeigte damit, daß es die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat und Insider behaupten sogar, daß mit dem alten zentralistischen Wahl-Modus, dem en-bloc-Absegnen eines Listenvorschlags die Kritiker gewählt worden wären. Die ZK-Exekutive hätte sie auf die Liste gesetzt, nicht weil es fortschrittlicher sei, sondern weil sie eine offene Konfrontation hätte vermeiden wollen.

Nach dieser Abstimmung treten 3 ZK-Mitglieder aus der Partei aus und Begründen ihren Schritt im "tageblatt": "Die augenblickliche Leitung ... (ist) nicht im Stande sich den Anforderungen der Geschichte zu stellen."<sup>7</sup> Im Zusammenhang mit dieser Diskussion

erscheint ein weiterer Artikel im "tageblatt" aus der Feder des Sekretärs der wichtigen Escher-Lokalgruppe. Nicht zufällig wurde der Ausspruch Gobartschows bei den 40-Jahrfeiern in Ostberlin als Motto gewählt. Unter dem Titel: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" fordert Dan Kersch die Exekutive zum Rücktritt auf<sup>8</sup>.

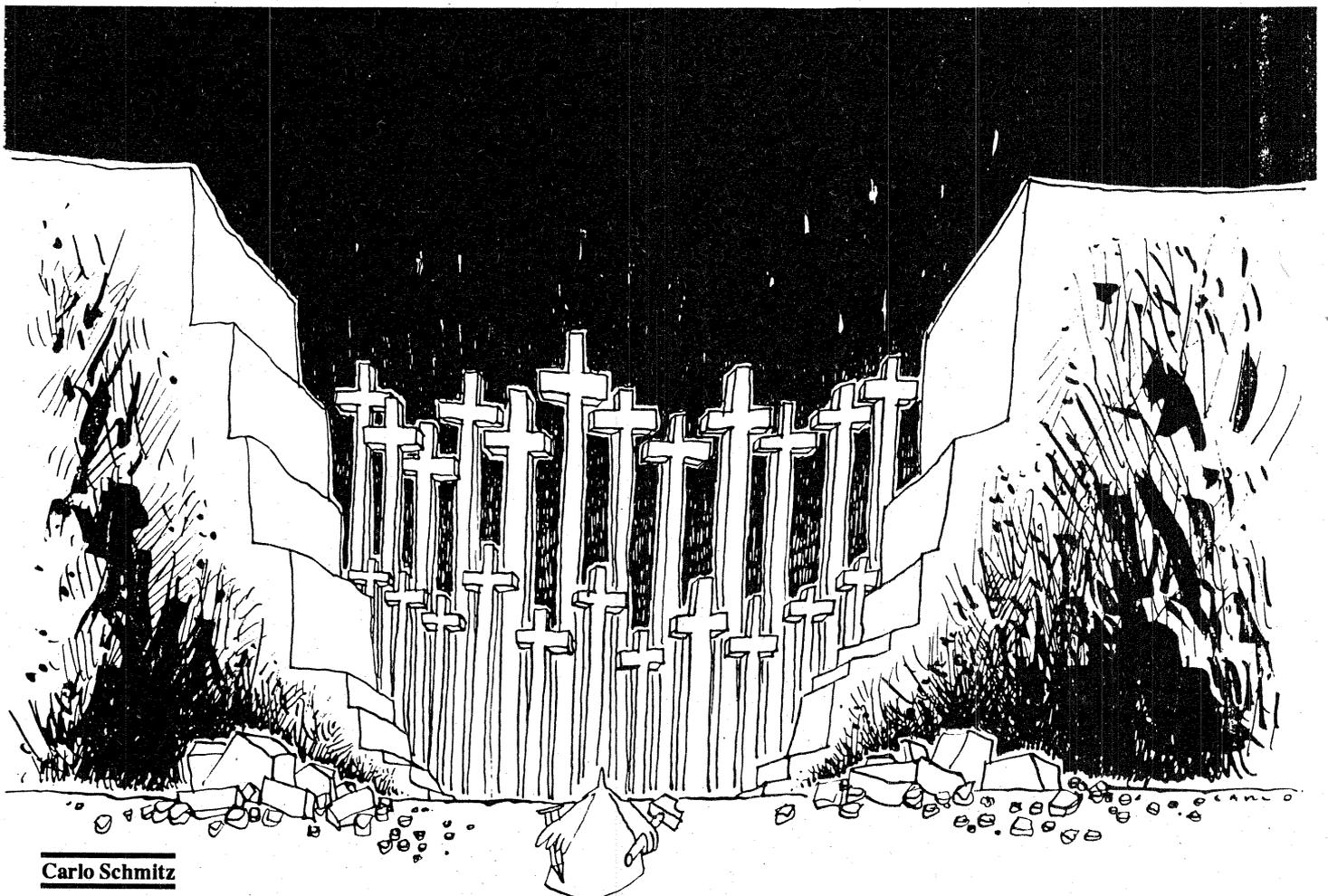
Daß das "Neue Denken" im ZK minoritär ist, hat die Wahl der neuen ZK-Exekutive gezeigt. Wegen des Verbotes einer öffentlichen Diskussion sind die Machtgewichtungen innerhalb der Partei schwer abzuschätzen. Außerdem besteht noch eine Diskrepanz zwischen Reden und Handeln, denn im Reden sind heute praktisch alle Neuerer. Über die Stimmung bei den nicht-aktiven Mitgliedern kann man naturgemäß wenig sagen. Als Außenstehender erfuhr man mit Staunen, daß es auch in der KP Karteileichen gibt, daß es sogar Mitglieder des ZKs gibt, die 2 Jahre lang keiner Sitzung beigewohnt haben. Das Image der harten Kaderpartei, in der Gewissenhaftigkeit und Disziplin die höchsten Tugenden sind, war also falsch.

In den Ortsgruppen Luxemburg und Esch scheinen die Reformer die Oberhand zu haben, zumindest was die aktiven Genossen angeht. Doch wie sieht es in den anderen Gruppen aus? Vor allem in den Betriebsgruppen, denen eine traditionelle, konservative Haltung nachgesagt wird?

Wenn es um das Gewicht der einzelnen Strömungen geht, werden aber vermutlich nicht die inhaltlichen

Fragen sondern eher die personenbezogenen Loyalitätsstrukturen ausschlaggebend sein. Auf wieviel Mitglieder kann René Urbany noch zählen? Inwiefern spielen die jahrzehntealten Konflikte zwischen einem Urbany- und einem Useldinger-Clan auch heute noch eine Rolle? Letztere Frage stellt sich z.B. angesichts des Parteiaustritts von Frau Useldinger, der Präsidentin der "Union Luxembourgeoise des Femmes", nach 52 Jahren Parteizugehörigkeit und ihrer gehässigen Aussagen im "tageblatt"<sup>9</sup>.

Aus den offenen Briefen des Schifflinger Gemeinderates Jängi Frising spricht auch viel Kränkung und Verbitterung. Zu diesen Briefen und vielleicht auch zu seinem Austritt wäre es vermutlich nicht gekommen, wenn er sich in der "Zeitung" hätte äußern können. Das folgende Zitat kann einen Eindruck geben über den Ton mit dem die Auseinandersetzung geführt wird. Es zeigt aber auch den Werdegang und das Bewußtsein, die typisch sind für eine bestimmte Generation von KP-Militanten. Es ruft in Erinnerung, daß "Jängi Frising aus Schifflingen, geboren in einer Arbeiterfamilie von 10 Kindern, bereits im Alter von 10 Jahren sein Brot als Kuhjunge selbst verdienen mußte (...), einen Rat seines Vaters mit auf den Weg ins Leben nahm, der da geheißen hat: Tue recht und scheue niemand! Diesen Rat habe ich zeitlebens befolgt, habe als Gewerkschaftler den Schwur der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit auf meine Fahne geschrieben und bin so bis heute durchs Leben gegangen. Der Arbed-Stahl, der mich geformt hat, hat mich auch gelehrt zu kämpfen. Auch als Kommunist hatte ich ein Ideal vor Augen, für das ich auch ein-



Carlo Schmitz

gestanden bin. Doch wie kläglich ich jetzt von diesen Idealen enttäuscht worden bin, hätte ich mir doch nicht erwartet. Doch auch ich, lieber René, werde nicht stehen bleiben und werde weiter kämpfen für die Interessen der schaffenden Menschen, wo immer mir das möglich sein wird."<sup>10</sup>

## Die Vorwürfe der Kritiker

Liest man die offenen Briefe der drei ausgetretenen ZK-Mitglieder (R. Fritsch, G. Pasquaolini, D. Schroeder), des noch nicht ausgetretenen Dan Kersch und den Artikel im "Gréng Spoun" von F. Pasquaolini, der zwar schon länger ausgetreten und inzwischen zu den Grünen gestoßen ist, so schälen sich folgende Hauptkritikpunkte heraus<sup>11</sup>:

- Die KP hat sich in einen Wahlverein verwandelt, ihre Spitzenpolitiker versuchen sich als "feine Kerle beim Patt" zu profilieren.

- Es gibt keine Gewerkschaftspolitik: die KP-Mitglieder der Gewerkschaftsleitung stimmen gegen die Vorschläge der eigenen Basis-Militanten.

- Friedenspolitik: die Parteileitung versucht die Friedensbewegung auf einen "Supporterklub für sowjetische Abrüstungsvorschläge" zu reduzieren.

- Die KP war nur ein "Trittbrettfahrer" in der Ökologiedebatte. Auch nach Tschernobyl stand die Parteileitung noch zu den Atomkraftwerken im sozialistischen Lager und änderte erst vor einem Jahr ihre Haltung.

- Es fehlt eine Frauenpolitik und Militantinnen, die in diesem Bereich Initiativen ergreifen, werden als Feministinnen abgestempelt und beschimpft.

Auf diese inhaltliche Diskussion ist die Parteileitung bis jetzt noch nicht eingegangen. In der "Zeitung" finden sich nur polemische und sarkastische Attacken gegen die Ausgetretenen. In einem Interview zeigt René Urbany kein Verständnis für die parteiinterne Kritik:

*"Il existe aussi des éléments déconcertants et sectaires, émanant la plupart du temps de la scène d'extrême gauche et ne songeant qu'à une seule chose: faire rouler toutes les têtes dirigeantes. Cela signifierait: supprimer les communistes qui, dans le public, jouissent d'une notoriété et qui ont de l'influence dans le parti. Cela aurait comme conséquence de refouler sans délai le parti dans un isolationisme. (...)*

Lorsqu'un parti pendant des mois et des années se replie sur lui-même pour discuter de problèmes internes ou de grandes stratégies d'avenir, il perd le contact avec le terrain des réalités et brille par son absence dans le public. (...) Un parti divisé non seulement ne récolterait plus ni sympathie ni solidarité, mais encore aurait du mal à trouver des électeurs."<sup>12</sup>

Nach den spektakulären Austritten und Leserbriefen im Januar ist etwas Ruhe in die Diskussion eingetre-

ten, in Erwartung des Parteikongresses, der für Ende März angesetzt ist.

## Die Partei

"Die KPL war in den über 60 Jahren ihrer bisherigen Geschichte hauptsächlich die Partei des in den Gruben und Hüttenwerken zusammengefaßten Kerns der Arbeiterklasse", schreibt Serge Urbany 1983<sup>13</sup>. Mit der Stahlkrise und dem Rückgang der Beschäftigtenzahlen in diesem Sektor ist die politische Bedeutung der KP auch zurückgegangen. Dies drückt sich u.a. in der zahlenmäßigen Entwicklung ihrer Abgeordnetenmandate aus. Allerdings stellen auch heute noch die Betriebs- und Lokalgruppen des Südens das Rückgrat der Partei dar.

Nach partei-offiziellen Angaben ist sowohl die Mitgliederzahl wie auch die Auflage der "Zeitung" in den letzten Jahren gestiegen. Die absolute Zahl der Mitglieder wird allerdings nicht genannt, genauso wenig wie ihre Verteilung nach sozioprofessionellen Kriterien. Über die soziale Verankerung der KPL kann vielleicht eine Statistik der Delegierten des letzten Parteikongresses Aufschluß geben: 42% waren Arbeiter und 35% waren in der Stahlindustrie beschäftigt.

### Zusammensetzung der Delegierten am 25. KPL-Kongreß

|                        |        |
|------------------------|--------|
| — aus Lokalgruppen:    | 83,9 % |
| — aus Betriebsgruppen: | 16,1 % |
| — Männer:              | 66,1 % |
| — Frauen:              | 33,9 % |
| — Berufstätige:        | 63,3 % |
| — Rentner:             | 24,4 % |
| — nicht erwerbstätig:  | 12,2 % |

Von den berufstätigen Delegierten waren:

|                      |        |
|----------------------|--------|
| — Arbeiter:          | 42,1 % |
| — Privatbeamte:      | 23,7 % |
| — Beamte beim Staat: | 28,9 % |
| — Freiberufler:      | 5,3 %  |

Die berufstätigen Delegierten arbeiten in folgenden Wirtschaftssektoren:

|   |        |
|---|--------|
| — Stahlindustrie:   | 35,1 % |
| — kleine und mittlere Produktionsbetriebe:                  | 19,3 % |
| — Banken und Handel:  | 9,6 %  |
| — Bildungswesen:  | 12,3 % |
| — Gesundheits- und Sozialwesen:                             | 3,5 %  |
| — in staatlichen und kommunalen Verwaltungen und Betrieben: | 16,7 % |
| — andere Betriebe:  | 3,5 %  |

Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 46 Jahre.

Die in den "forum"-Nummern 113 und 114 veröffentlichte Analyse der letzten Wahlen hat gezeigt, daß in den Bezirken Süden und Zentrum die KP-Wählerschaft sich stark unterscheidet bzw. die KP unterschiedlich wahrgenommen wird: im Süden ist

sie eine eindeutige Arbeiterpartei, im Zentrum scheint sie eher ein diffuses Protestwählerreservoir anzusprechen.

Das Luxemburger Wahlsystem, mit seiner Möglichkeit des Panaschierens, erlaubt es dem einzelnen Wähler, sich nicht nur für eine Partei zu entscheiden, sondern auch innerhalb der Parteiliste einzelnen Persönlichkeiten sein besonders Vertrauen auszudrücken. Bei den letzten Europawahlen hat René Urbany über 7000 Stimmen auf sich vereinigt, er wurde gefolgt von Zénon Bernard mit 1.693 und Aloyse Bisdorff mit 1601 Stimmen; der 4. Kandidat ist mit 700 Stimmen weit abgeschlagen. Dieses Wahlergebnis verleiht René Urbany eine elektorale Legitimation, die es seinen Kritikern schwer macht, seine innerparteiliche Legitimation in Frage zu stellen.

## Warten auf die Landeskonferenz

Abschliessend stellt sich die Frage, weshalb es noch immer eine so große Disziplin bei den Reformern gibt, weshalb sie sich zum Beispiel an das Verbot einer öffentlichen Diskussion halten? Ohne auf die spezifische Persönlichkeitsstruktur einzugehen, die eine Voraussetzung ist für eine längere Mitgliedschaft in einer so zentralistisch autoritären Struktur wie der KP, kann man drei Gründe für die Zurückhaltung der Reformen nennen:

Es ist zunächst der Respekt vor den alten, verdienten Genossen, die zur Zeit des 2. Weltkrieges und des folgenden kalten Krieges schon aktiv waren, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Partei gestellt haben und für die jetzt eine ganze Welt zusammenbricht. Man will ihnen Zeit lassen, sie nicht in Trotzreaktio-

nen treiben, sondern man vertraut auf ihre Lernfähigkeit.

Und damit ist bereits der zweiten Grund genannt: Die Reformen von heute waren gestern auch linientreu: "Was ich heute denke, unterscheidet sich grundlegend von dem, was ich vor einem Jahr gedacht habe", sagt ein KP-Militant, "und deshalb will ich den andern eine Chance lassen, denselben Weg zu gehen". Oder wie es der Escher Schöffe André Hoffmann formulierte, als er von einer Trotzkinistin auf dem Rundtischgespräch (13.2.1990) zwischen Grünen, Trotzkinisten und KP auf diese Frage angesprochen wurde: "Ich entziehe mich der Frage, seit wann ich meine Haltung geändert habe. Ich bin nämlich der Meinung, daß es die Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei nicht fördert, wenn man Etiketten verteilt, wer sich denn nun, wie lange und wie radikal Fragen über die Lage in den sozialistischen Ländern gestellt hat oder über die kommunistische Bewegung überhaupt. Die Diskussion wird gefördert durch eine ernsthafte Aufarbeitung der Vergangenheit, die aber nicht dazu führen soll, daß wir gegenseitig mit dem Finger auf einander zeigen und sagen: du warst aber noch vor drei Jahren anderer Meinung."

Der dritte Grund: Die KPL kann sich angesichts ihres Wählerpotentials eine Spaltung nicht erlauben. Das wissen die Linientreuen genauso wie die Reformen. Deshalb ist die Arbeitsgruppe, die die Diskussionsgrundlage für die Landeskonferenz vorbereitet, nach einem ausgewogenen Proporz - vom Reformen bis zum Alt-Stalinisten - zusammengesetzt. Das Papier soll bis spätestens Anfang März fertiggestellt sein. "Die Parteigruppen sind gebeten Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung der Landeskonferenz während der Zeit vom 5. bis 16. März abzuhalten." (ZK 24.2.1990) Am 25. wird dann auf der Landeskonferenz diskutiert werden. Hoffentlich öffentlich. ff

1) Serge Urbany, "Zeitung", 12.1.1990

2) Henri Wehenkel, "Zeitung", 18.11.89

3) Mat ugepaakt, fir dass et virugeet zu Lëtzebuerg, Luxembourg, 1988

4) Serge Urbany, "Zeitung", 12.1.1990

5) "Zeitung", 12.12.1989

6) S. Urbany, "Zeitung", 12.1.1990

7) "tageblatt", 11.1.1990

8) "tageblatt", 9.1.1990

9) "Die dümmste KP Europas", "Urbany hat die Partei kaputt gemacht", "tageblatt", 7.2.1990

10) "tageblatt", 10.2.1990,

11) "Gréng Spoun", 19.1.1990

12) "Républicain Lorrain", 1<sup>er</sup> février 1990

13) Serge Urbany, Wandel in der Industriestruktur, "argumenter", Nr.3, Juli 1983, S.72